



Sitzungsniederschrift

Gremium : **Finanzausschuss und Ausschuss für
Wirtschaftsförderung**

Sitzungsort : **Aula der Gesamtschule, Bultstraße 20**

Sitzungstag : **Montag, 22.02.2021**

Sitzungsbeginn : **17:45 Uhr**

Sitzungsende : **21:00 Uhr**

Vorsitz

Herr Christoffer Siebert

Teilnehmer

Herr Norbert Austrup
Herr Wolfgang Bovekamp
Herr Benedikt Diekhans
Herr André Drinkuth
Herr Daniel Hagemeier
Herr Peter Hellweg
Frau Beatrix Koch
Herr Benito Kohaus
Frau Barbara Köß
Herr Sven Lilge
Herr Ludger Lücke
Herr Rolf Pickenäcker
Herr Ludger Reckmann
Herr Juan-Francisco Rodriguez Ramos
Herr Uli Schwieder
Herr Florian Westerwalbesloh
Herr Ludger Wiesch gen. Borchert
Herr Arno Zurbrüggen

Verwaltung

Herr Volker Combrink
Herr Michael Jathe
Herr André Leson
Herr Albert Reen
Frau Karin Rodeheger
Herr Jakob Schmid
Frau Nadine Steinberg

Schriftführerin

Frau Simone Ikemann

es fehlten entschuldigt:

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung	Seite:
1. Haushaltssatzung 2021 – 2. Haushaltsberatung Vorlage: B 2020/200/4681	4
1.1. Änderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf 2021 (Fraktionen und Verwaltung)	4-11
1.2. Zuschussanträge Dritter im Rahmen der Beratung des Haushaltsplanentwurfes 2021 Vorlage: B 2020/200/4701	12-13
2. Auflösung der "Vereinigung der kommunalen RWE-Aktionäre Westfalen GmbH (Dortmund)" und Gesellschaftsvertrag der "Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (Essen)" Vorlage: B 2021/201/4754	14
3. Maßnahmenfreigaben	14
4. Verschiedenes	14
4.1. Mitteilungen der Verwaltung	14
4.2. Anfragen an die Verwaltung	14

Zu Beginn der Sitzung begrüßt Herr Siebert die Mitglieder des Finanzausschusses und Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Frau Bürgermeisterin Rodeheger, die anwesenden Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung sowie Herrn Hahn von der Tageszeitung „Die Glocke“.

Herr Siebert stellt fest, dass der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung form- und fristgerecht eingeladen wurde und beschlussfähig ist.

Daraufhin eröffnet Herr Siebert die Sitzung.

Öffentliche Sitzung

1. Haushaltssatzung 2021 – 2. Haushaltsberatung

Vorlage: B 2020/200/4681

1.1. Änderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf 2021 (Fraktionen und Verwaltung)

Anmerkung zur Niederschrift: Im Nachfolgenden werden lediglich einzelne Haushaltspositionen und die Beschlüsse protokolliert, zu denen es entsprechende Wortmeldungen gab. Die Beschlüsse zu den Anträgen aller Fraktionen und Änderungen der Verwaltung wurden in der Änderungsliste (Tischvorlage) ergänzt. Die Änderungsliste inklusive der Beschlüsse ist Bestandteil dieser Niederschrift.

Gemeinschaftlicher Antrag aller Fraktionen in Bezug auf den Masterplan Innenstadt

„Die Haushaltsmittel für die Projekte im Zusammenhang mit dem Masterplan Innenstadt sollen grundsätzlich mit den Ansätzen der Verwaltung im Haushalt stehen bleiben. Alle Maßnahmen, die sich noch nicht in der Umsetzung befinden, sollen aber mit einem Sperrvermerk versehen werden, der vom zuständigen Fachausschuss aufgehoben werden kann.“

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde einstimmig die Haushaltsansätze der Verwaltung in Bezug auf den Masterplan Innenstadt beizubehalten und mit folgenden Sperrvermerk zu versehen:

„Freigabe nach inhaltlicher Beratung durch den jeweiligen Fachausschuss.“

02.03.01.4561001 Bußgelder (Überwachung ruhender Verkehr)

Frau Köß erklärt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass man den Antrag zustimmen werde, da ihre Fraktion eine Erhöhung der Erträge aus Bußgeldern durch mehr Kontrollen befürworte.

Herr Zurbrüggen teilt für die FDP-Fraktion mit, dass seine Fraktion den Antrag der CDU-Fraktion nicht zustimmen werde.

Herr Drinkuth stellt klar, dass der Grund für die Ansatzserhöhung nicht in vermehrten Kontrollen läge. Aufgrund der Haushaltsansätze aus den Vorjahren sehe die CDU-Fraktion die Ansatzserhöhung für realistisch an.

Herr Bovekamp erklärt für die FWG-Fraktion, dass man dem CDU-Antrag seine Zustimmung geben werde.

Beschluss:

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme und 18 Ja-Stimmen, den neuen Ansatz in Höhe von 50.000 EUR zu übernehmen.

01.10.01.5215001 Instandhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen, hier: Verbindung Gebäude II TMG

Herr Drinkuth teilt für die CDU-Fraktion mit, dass man dem Antrag der SPD-Fraktion nicht zustimmen werde.

Herr Zurbrüggen erklärt für die FDP-Fraktion, dass seine Fraktion den Antrag ebenfalls ablehnen werde.

Herr Rodriguez begründet den Antrag SPD-Fraktion damit, dass man für diese Maßnahme keine Priorität sehe. Vielmehr sollten zunächst die „Altlasten“, wie bspw. das Pausendach, abgearbeitet werden. Sofern die Durchführung der Erneuerung des Pausendaches zeitnah vorgesehen sei, würde die SPD-Fraktion den Antrag zurückziehen.

Herr Leson sagt zu, dass auch das Pausendach erneuert würde. Daraufhin teilt Herr Rodriguez mit, dass die SPD-Fraktion den Antrag zurückziehe.

01.10.01.5215001 Instandhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen, hier: WC-Anlage Café am Mühlensee

Herr Drinkuth teilt mit, dass die Baumaßnahme sinnvoll sei und die Öffnung der WC-Anlage unabhängig von den Öffnungszeiten des Cafés am Mühlensee sollte im Fachausschuss diskutiert werden.

Herr Rodriguez stellt klar, dass der Grund des Antrags der SPD-Fraktion darin läge, dass es wichtig sei die Barrierefreiheit bei dieser Baumaßnahme zu berücksichtigen.

Frau Steinberg teilt in diesem Zusammenhang mit, dass eine Barrierefreiheit an dieser Stelle nicht umgesetzt werden könne. Hierzu müsste an einem alternativen Standort eine neue WC-Anlage gebaut werden.

Herr Jathe erklärt hierzu, dass bei dieser Baumaßnahme eine vollständige Barrierefreiheit nicht möglich sei, man aber im Rahmen der Planung auf eine behindertenfreundliche Gestaltung achten werde.

Aufgrund dieser seitens der Verwaltung vorgebrachten Argumente zieht Herr Rodriguez den Antrag der SPD-Fraktion zurück.

01.02.01.54330010 Öffentlichkeitsarbeit -Städtepartnerschaft-

Herr Zurbrüggen teilt mit, dass er die Idee einer Städtepartnerschaft sympathisch fände. Allerdings sehe er das Problem, dass nicht bekannt sei inwieweit sich hierfür eine bürgerschaftliche Mehrheit finden werde. Aus diesem Grund werde die FDP-Fraktion nur unter Ergänzung eines Sperrvermerks dem Antrag zustimmen.

Herr Bovekamp erklärt hierzu, dass eine bürgerschaftliche Mehrheit für ein solches Projekt wichtig sei und man mit dieser Maßnahme zunächst eine Anbahnung einer Städtepartnerschaft voranbringen möchte. In diesem Zusammenhang ergänzt Herr Bovekamp den FWG-Antrag um einen Sperrvermerk.

Beschluss:

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde einstimmig, den neuen Ansatz in Höhe von 45.000 EUR mit dem folgenden Sperrvermerk zu übernehmen:

SPERRVERMERK: Teilansatz in Höhe von 5.000 EUR für die Städtepartnerschaft gesperrt. Freigabe bei Vorliegen von bürgerschaftlichem Engagement und eines konkreten Umsetzungskonzepts durch den Rat der Stadt Oelde.

01.09.02.5293001 Beratungsleistungen, hier: Gründung einer städt. Wohnungsbaugesellschaft

Herr Rodriguez teilt hierzu mit, dass die SPD-Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen werde, da die Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft sehr wichtig sei, um künftig bezahlbaren Wohnraum in Oelde anbieten zu können.

Herr Drinkuth sagt, dass man die Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft sehr kritisch sehe und dass die Stadt Oelde bereits geeignete Instrumente zur Hand hätte, um den Zubau von preiswerteren Wohnraum sicherzustellen.

Herr Bovekamp macht in diesem Zusammenhang auf ein Wohnraumförderungsprogramm des Kreises Warendorf aufmerksam, welches eventuell auch für Oelde in Frage käme.

Herr Zurbrüggen teilt für die FDP-Fraktion mit, dass man dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen werde, da allein durch die Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft kein Quadratmeter mehr preiswerter Wohnraum gewonnen sei.

Frau Köß erklärt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass man dem Antrag nicht zustimmen werde, da man bereits den Investoren hinterherlaufen würde und eine bessere Entwicklung durch eine städtische Wohnungsbaugesellschaft möglich wäre. Außerdem sehe man hierdurch eine Entlastung für die Verwaltung.

Beschluss:

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde mehrheitlich bei 8 Nein-Stimmen und 11 Ja-Stimmen, den neuen Ansatz in Höhe von 16.500 EUR zu übernehmen.

03.03.04.5279001 und 03.03.06.5279001 Sonstige besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen (Thomas-Morus-Gymnasium und Gesamtschule)

Herr Rodriguez teilt hierzu mit, dass ihm in diesem Zusammenhang ein konkretes Konzept fehle. Aus diesem Grund solle dieser Antrag um einen Sperrvermerk mit Freigabe durch den Ausschuss für Schule, Kultur und Sport ergänzt werden.

Herr Bovekamp ist der Meinung, dass die aufgrund des Antrages der FWG-Fraktion im Rahmen der Haushaltsplanberatung 2020 beschlossene „Förderung von Klimaschutzprojekten in Schulen“ bereits der Demokratieansatz berücksichtigt werde.

Herr Zurbrüggen erklärt, dass man die Ergänzung um den Sperrvermerk mittragen werde. Wichtig sei in diesem Zusammenhang, dass man bei der Ausgestaltung eines Konzeptes die Schulleitungen miteinbeziehen solle.

Herr Drinkuth hält es für sinnvoll junge Leute durch Projekte, wie bspw. „Beweg was“, an die politischen Prozesse heranzuführen. Aber er sei der Auffassung, dass neben dem sehr guten Projekt „Beweg was“ kein weiterer Bedarf bestehe.

Frau Köß teilt mit, dass man mit einer Ergänzung des Antrags durch einen Sperrvermerk einverstanden sei.

Beschluss:

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde mehrheitlich bei 10 Nein-Stimmen und 9 Ja-Stimmen, dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abzulehnen.

05.04.03.5291001 Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen, hier: Schaffung einer Stelle als „Ehrenamtskoordinator*in“

Herr Drinkuth teilt zum Thema „Ehrenamt“ mit, dass die aktuellen Strukturen, wie dem Kooperationsvertrag mit der Ehrenamtszentrale des SKF, ausreichend seien.

Herr Zurbrüggen ist ebenfalls der Auffassung, dass durch die Kooperation mit der Ehrenamtszentrale eine gute Struktur vorhanden sei. Aus diesem Grund werde die FDP-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Bovekamp hält den Antrag der SPD-Fraktion grundsätzlich für gut. Allerdings sehe er ebenfalls keinen Bedarf, da die Kooperation mit der SKF ausreichend sei und gut funktioniere.

Herr Westerwalbesloh stellt klar, dass man mit dem Antrag keinesfalls Kritik an die Arbeit der Ehrenamtszentrale üben wolle, sondern man möchte durch eine/n Ehrenamtskoordinator*in die Ehrenamtszentrale unterstützen. Der Antrag folgt dem Beispiel der Stadt Sendenhorst, die solch eine Stelle zusätzlich geschaffen habe.

Herr Rodriguez macht anhand der Vorstellung der Stellenausschreibung der Stadt Sendenhorst deutlich, dass die Aufgaben des Ehrenamtskoordinator*in weit über derer hinausgehe, die die Ehrenamtszentrale aktuell abdecke. Er bekräftigt, dass die Vereine aktuell dringend weitere Unterstützung brauchen.

Frau Köß teilt mit, dass sie den Antrag der SPD-Fraktion für sinnvoll erachte und schließe sich den Ausführungen von Herrn Rodriguez an.

Herr Drinkuth fragt, inwieweit Herr Jürgenschellert weiterhin als Ansprechpartner für die Vereine fungiere.

Herr Jathe antwortet, dass Herr Jürgenschellert nur organisatorische Fragen der Sportvereine als Ansprechpartner klärt. Es erfolge keine Beratung in finanzieller und rechtlicher Hinsicht.

Herr Drinkuth möchte wissen, ob es mit dem aktuellen Personal möglich sei, die Fragen in finanzieller Hinsicht zu beantworten.

Hierzu teilt Herr Schmid mit, dass dieser Bereich aktuell nicht abgedeckt werden könne. Falls eine tiefgehende Unterstützung des Ehrenamts gewünscht sei, müssten weitere Möglichkeiten abgeklöpft werden.

Frau Rodeheger sagt hierzu, dass die Notwendigkeit aktuell in den Fachabteilungen nicht gesehen werde. Falls man eine Erweiterung der Unterstützung des Ehrenamtes wünsche, sei dies außerhalb der Haushaltsplanberatung im Fachausschuss zu prüfen und zu diskutieren.

Frau Steinberg schlägt vor, den Antrag dahingehend zu ändern, dass hierfür nicht Mittel für Personalaufwendungen sondern für Dienstleistungsaufwendungen zur Verfügung gestellt werden sollen. So könne die Thematik ergebnisoffen diskutiert werden und der Finanzbedarf in jedem Fall in der beantragten Höhe gedeckt werden.

Herr Rodriguez stimmt dem Vorschlag von Frau Steinberg zu.

Beschluss:

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde einstimmig, den neuen Ansatz in Höhe von 34.000 EUR mit dem folgenden Sperrvermerk zu übernehmen:

SPERRVERMERK: Teilansatz in Höhe von 25.000 EUR für eine Stelle „Ehrenamtskoordinator*in“ gesperrt. Freigabe bei Vorliegen von konkreten Umsetzungsideen durch den Ausschuss für Soziales, Familien, Senioren und gesellschaftlicher Teilhabe.

09.01.01.50XXXXX Personalaufwendungen

Herr Zurbrüggen ist der Auffassung, dass zunächst geprüft werden müsse, ob der bisherige Stellenumfang für die Stelle des/der Klimaschutzmanager*in ausreichend sei.

Herr Rodriguez hält eine weitere Vollzeitstelle für nicht notwendig. Seiner Meinung nach wäre eine weitere Stelle mit einem Stundenumfang von 25 bis 30 Stunden sinnvoll. Er bittet die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ihren Antrag dahingehend zu reduzieren.

Herr Reckmann teilt hierzu mit, dass der Stundenumfang zweitrangig sei. Wichtig sei eine Erweiterung des Personalbestandes für das Thema „Klimaschutz“ um eine weitere Person.

Herr Drinkuth stellt klar, dass der Antrag der CDU-Fraktion darauf abziele das lt. Stellenplan zur Verfügung stehende Stundenkontingent vollumfänglich zu nutzen. Des Weiteren solle die organisatorische Struktur dahingehend geprüft werden, ob die Stelle des Klimaschutzmanagements nicht als Stabstelle abgebildet werden könne. Perspektivisch könne er sich eine Erweiterung des Personalbestandes in diesem Bereich vorstellen, allerdings müsse hierzu das genaue Aufgabengebiet geklärt werden.

Herr Reckmann erklärt den Antrag seiner Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dahingehend zu ändern, dass eine zusätzliche Stelle mit einem Stundenumfang von 30 Stunden geschaffen werden solle. Die möglichen Aufgaben der neuen Stelle seien im Antrag genannt worden. Den Bereich des Klimaschutzmanagements organisatorisch als Stabstelle einzurichten, wäre seiner Meinung nach denkbar.

Herr Bovekamp meint, dass es wichtig sei eine mögliche Erweiterung des Personalbestandes mit der aktuellen Klimaschutzmanagerin abzustimmen. Die FWG-Fraktion würde eine organisatorische Eingliederung als Stabstelle zustimmen.

Frau Rodeheger schlägt vor, dieses Thema unabhängig von der Haushaltsplanberatung im Ältestenrat zu diskutieren. Ziel sei es, dass das weitere Vorgehen im Sinne der Politik erfolge.

Herr Drinkuth stimmt dem Vorschlag von Frau Rodeheger zu und zieht den Antrag der CDU-Fraktion zurück.

Frau Köß stellt klar, dass man in diesem Bereich mit der Umsetzung von Projekten bereits hinterher hänge. Es sei wichtig eine weitere Stelle mit einem Stundenumfang 30 Stunden zu schaffen. Die Haushaltsmittel können ihrer Meinung nach mit einem Sperrvermerk verbunden werden.

Frau Rodeheger macht deutlich, dass die Personalhoheit bei ihr als Bürgermeisterin läge. Sie wolle das Thema in organisatorischer und inhaltlicher Hinsicht, unabhängig vom Beschluss, mit dem Ältestenrat abstimmen.

Beschluss:

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde mehrheitlich bei 10 Nein-Stimmen, 8 Ja-Stimmen und einer Enthaltung, dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abzulehnen.

09.01.01.5291001 Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen, hier: Schaffung eines öffentlichen Parkplatzes im Zentrum von Stromberg

Herr Rodriguez hält die Maßnahmen aufgrund der Verwaltungsausführung für nicht notwendig.

Herr Drinkuth ist der Auffassung, dass die Umsetzung zwar schwierig würde aber dennoch wichtig sei.

Herr Bovekamp teilt mit, dass die Parkplatzsituation im Stromberg eine Katastrophe sei und dringend Handlungsbedarf bestehe.

Beschluss:

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde mehrheitlich bei 8 Nein-Stimmen und 11 Ja-Stimmen, den neuen Ansatz in Höhe von 5.000 EUR zu übernehmen.

09.01.01.5433010 Öffentlichkeitsarbeit, hier: Kampagne zur Förderung stadtklimagerechter Bestands-Vorgärten

Herr Drinkuth fragt, welchen genauen Zweck die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit ihrem Antrag verfolge.

Herr Reckmann antwortet, dass man zum einen die Bürger besser informieren wolle und zum andere sollen auch Kontrollen erfolgen. Aber man wolle den Antrag zunächst zurückziehen und im Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr politische beraten.

Frau Köß ergänzt, dass die Verwaltung sich zu diesem Thema stärker einbringen solle.

Herr Bovekamp macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass der Obst- und Gartenverein Oelde zu diesem Thema bereits Aktionen geplant habe. Vielleicht wäre eine Kooperation mit dem Verein zu diesem Thema möglich.

Herr Rodriguez hält es für wichtig, dass man die Garten- und Landschaftsbauer mit einbeziehe. Damit diese ihre Kunden auf die Thematik aufmerksam machen.

09.01.03.5291001 Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen, hier: Nachverdichtungskonzept

Herr Drinkuth teilt in diesem Zusammenhang mit, dass eine Prüfung des Aufwand-/Nutzenverhältnisses wichtig sei und es sollten nicht zu viele externe Gutachten erfolgen. Er schlägt vor den Haushaltsansatz mit einem Sperrvermerk mit Freigabe durch den Fachausschuss zu belegen.

Herr Leson stimmt dem Sperrvermerk zu.

Beschluss:

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde einstimmig, den neuen Ansatz in Höhe von 42.000 EUR mit dem folgenden Sperrvermerk zu übernehmen:

SPERRVERMERK: Freigabe nach Prüfung des Aufwand-/Nutzenverhältnisses durch Ausschuss für Planung, Stadtentwicklung, Wohnen und Digitalisierung.

09.01.06.5291001 Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen, hier: Bestandsaufnahme für wesentliche Oelder Denkmäler

Herr Zurbrüggen regt an, die Bestandsaufnahme auf öffentliche Denkmäler zu beschränken.

Herr Bovekamp macht die dringende Notwendigkeit des Antrags deutlich und sagt die Unterstützung der FWG-Fraktion zu.

Herr Leson stellt klar, dass sich der Antrag auf die Kunst im öffentlichen Raum beziehe und nicht auf öffentliche Denkmäler.

Herr Drinkuth teilt mit, dass es sich hierbei um einen gemeinsamen Antrag mit der FWG-Fraktion handele und es um Denkmäler gehe und nicht um Gebäude.

Frau Köß merkt an, da es um Kulturdenkmäler gehe, handele es sich daher nicht um ein reines Planungsthema, sondern müsse auch im Schulausschuss beraten werden.

Herr Jathe sagt, dass die Fachleute in diesem Zusammenhang beim Forum Oelde angesiedelt seien, sodass die Beratung nach der aktuell bereits laufenden Bestandsaufnahme im Betriebsausschuss FORUM erfolgen solle.

Frau Rodeheger teilt mit, dass die Eigenbetriebsleiterin Frau Wiebusch sich aus aktuellem Anlass bereit erklärt habe die Kulturdenkmäler auf Vorhandensein und Zustand zu prüfen. Hierbei handele es sich zunächst lediglich um eine Bestandsaufnahme. Das weitere Vorgehen ist im Anschluss zusammen mit dem Ältestenrat zu prüfen.

Beschluss:

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde einstimmig, den neuen Ansatz in Höhe von 13.000 EUR zu übernehmen.

14.01.01.5281001 Sonstige Aufwendungen für Sachleistungen, hier: Durchführung eines Umweltaktionstages

Herr Rodriguez hält einen Umweltaktionstag grundsätzlich für sinnvoll. Allerdings sei eine Umsetzung in 2021 aufgrund der andauernden Pandemie unrealistisch. Das weitere Vorgehen solle in diesem Jahr im Umweltausschuss diskutiert und im nächsten Jahr umgesetzt werden.

Herr Zurbrüggen schlägt eine denkbare Umsetzung als Messe vor.

Herr Drinkuth ist der Meinung, dass eine Umsetzung in diesem Jahr möglich wäre. Allerdings möchte er hierzu auch die Einschätzung der Verwaltung. Hinsichtlich der Konzeptionierung sei der Umweltausschuss mit der Ausgestaltung zu beauftragen.

Frau Rodeheger antwortet, dass eine Umsetzung in diesem Jahr aufgrund des fehlenden Konzeptes und der schwierigen Situation durch die COVID-10-Pandemie nicht möglich sei. Realistischer sei eine Umsetzung im nächsten Jahr anzustreben.

Herr Drinkuth ändert daraufhin den Antrag der CDU-Fraktion dahingehend, dass die Mittel im Jahr 2022 zur Verfügung gestellt werden sollen.

Beschluss:

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde einstimmig, den neuen Ansatz in Höhe von 5.000 EUR für einen Umweltaktionstag im Haushaltsjahr 2022 zu übernehmen.

14.01.01.5318010 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche, hier: Lastenradprämie

Herr Drinkuth ist der Auffassung, dass die Gewährung einer solchen Prämie von einer sozialen Komponente abhängig gemacht werden solle.

Herr Bovekamp stellt klar, dass man in diesem Zusammenhang den bürokratischen Aufwand möglichst gering halten solle, ansonsten würde der Aufwand in keinem Verhältnis zu der Fördersumme stehen.

Herr Zurbrüggen teilt mit, dass die FDP-Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen werde.

Beschluss:

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde mehrheitlich bei 2 Nein-Stimmen, 16 Ja-Stimmen und einer Enthaltung, den neuen Ansatz in Höhe von 10.000 EUR zu übernehmen.

15.01.01.5317001 Aufwendungen für Zuschüsse an private Unternehmen

Herr Rodriguez hält die Wiederholung der Gutscheinaktion grundsätzlich für sinnvoll, aber es müsse ein „Gießkannen-System“ vermieden werden. Außerdem müsse die Richtlinie überarbeitet werden.

Herr Drinkuth stellt daraufhin klar, dass es vor allem darum gehen, die Geschäfte zu unterstützen, die besonders von dem Lockdown betroffen seien. Aus diesem Grund seien die Modalitäten nach der Haushaltsplanberatung genauer festzulegen.

Beschluss:

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde einstimmig, den neuen Ansatz in Höhe von 60.000 EUR zu übernehmen.

01.10.01/7063.7853001 Zubau von Photovoltaik-Flächen auf städt. Immobilien

Herr Drinkuth möchte wissen, inwiefern eine Umsetzung des Antrages bereits in 2021 möglich sei.

Herr Leson teilt hierzu mit, dass man konkret eine Vergrößerung der bereits geplanten PV-Anlage prüfen könne. Allerdings sei hierzu eine politische Diskussion notwendig, weil der Zubau für die Stadt Oelde nicht unbedingt wirtschaftlich sinnvoll ist, wenn der produzierte Strom über dem Eigenverbrauch liegt.

Herr Rodriguez schlägt vor, die beantragte Erhöhung mit einem Sperrvermerk zu versehen, da auch der wirtschaftliche Nutzen geprüft werden müsse.

Beschluss:

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde mehrheitlich bei einer 1 Nein-Stimme und 18 Ja-Stimmen, den neuen Ansatz in Höhe von 80.000 EUR mit dem folgenden Sperrvermerk zu übernehmen:

SPERRVERMERK: Teilansatz in Höhe von 50.000 EUR für die Nachrüstung von Dachflächen auf öffentlichen Gebäuden gesperrt. Freigabe nach Prüfung der Umsetzungsmöglichkeiten durch den Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr.

12.01.01/4022.7852001 Ergänzung/Erweiterung Radwegenetz Oelde

Nach inhaltlicher Diskussion ändert Herr Reckmann den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dahingehend, dass für 2021 und 2022 eine Ansatzserhöhung von jeweils 50.000 EUR beantragt werde.

Beschluss:

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde mehrheitlich bei 3 Nein-Stimmen und 16 Ja-Stimmen, den neuen Ansatz in Höhe von 150.000 EUR zu übernehmen.

13.01.01/7064.7853001 Zaunbau Bolzplatz „Zum Sundern“

Herr Rodriguez bittet die Verwaltung um Stellungnahme hinsichtlich der Dringlichkeit dieser Maßnahme.

Herr Leson antwortet, dass der Zaun aktuell nicht kurz vor dem Verfall stehe, aber eine genauere Einschätzung müsse mit Herrn Becker vom Baubetriebshof abgesprochen werden und würde nachgereicht.

Herr Drinkuth ergänzt, dass Herr Becker ihm signalisiert habe, dass eine zwingende Umsetzung in 2021 nicht notwendig sei und eine Verschiebung deshalb möglich sei.

Beschluss:

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde einstimmig, dem Antrag der CDU-Fraktion zu folgen und den Ansatz in Höhe von 25.000 EUR von 2021 nach 2023 zu schieben.

1.2. Zuschussanträge Dritter im Rahmen der Beratung des Haushaltsplanentwurfes 2021 Vorlage: B 2020/200/4701

Herr Siebert verweist auf dem folgenden Sachverhalt:

In der Sitzung des Rates am 17.12.2020 (Vorlage: M 2020/200/4680) wurden die als Anlagen 1 und 2 beigefügten Zuschussanträge zum Haushalt 2021, die gemäß den Zuschussrichtlinien der Stadt Oelde fristgerecht sowie auch nicht fristgerecht eingegangen sind, bereits vorab zur Kenntnis gegeben. Darüber hinaus wird hiermit ein weiterer Antrag des SC Germania Stromberg 1934 e. V. vom 20.12.2020, der als Anlage beigefügt ist, zur Kenntnis gegeben.

Im Rahmen der Beratung des Haushaltsplanentwurfes 2021 ist über die vorliegenden Anträge zu entscheiden. Bezüglich des Antrages der evangelischen Kirchengemeinde Oelde wird auch auf die Vorlage B 2020/510/4711 zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 14.01.2021 verwiesen.

Im Rahmen der Selbstbindung der Verwaltung hat der Rat der Stadt Oelde Zuschussrichtlinien verabschiedet. Diese legen fest, für welche Zwecke und an welche Oelder Einrichtungen und Vereine Zuschüsse durch die Stadt Oelde geleistet werden.

Zuschussfähig sind grundsätzlich die qualifizierte Kinder- und Jugendarbeit in den über den Stadtsportbund zusammengeschlossenen Vereinen sowie die ehrenamtliche Arbeit, insbesondere die Kultur- und Integrationsarbeit in den Oelder Vereinen und Organisationen. Ebenso werden Zuschüsse zum laufenden Betrieb für nichtstädtische Sportanlagen, die von Oelder Vereinen verwaltet, betrieben und unterhalten werden, gewährt. Die förderfähigen Vereine und Institutionen sind in den Ziffern 2 bis 5 der Zuschussrichtlinien abschließend genannt. Für darüber hinaus gehende andere Zwecke wird bisher kein laufender Betriebskostenzuschuss gewährt.

Ferner sind nach entsprechender Einzelentscheidung des Rates einmalige Investitions- und Baukostenzuschüsse oder Darlehensgewährungen für umfangreichere Bau-, Investitions- und Renovierungsmaßnahmen an Sportanlagen der im Oelder Stadtsportverband zusammengeschlossenen Sportverbände möglich. Gleiches gilt für entsprechende Maßnahmen der Kirchen, caritativer oder gemeinnütziger Einrichtungen in der Stadt Oelde. Anträge auf einmalige Investitions- und Baukostenzuschüsse müssen den Anforderungen gemäß Ziffer 6 der Zuschussrichtlinien entsprechen und sind nach den Richtlinienvorgaben spätestens bis zum 01. August für das jeweilige Folgejahr / den Haushalt des Folgejahres zu stellen. Für Förderprojekte, für die eine städtische Bezuschussung zum Jahr 2021 beantragt wird, wäre eine fristgerechte Antragstellung bis zum 01. August 2020 demzufolge erforderlich gewesen.

Der Antrag der Evangelischen Kirchengemeinde wurde fristgerecht gestellt, erfüllt die Förder Voraussetzungen und wurde vom Jugendhilfeausschuss einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

Der Antrag des Tierschutzvereins Katzenhilfe Kreis Warendorf e.V. erstreckt sich nicht auf förderfähige Bauprojekte von überwiegend öffentlichem Interesse, sondern soll zur Deckung des laufenden Aufwandes für medizinische Versorgung, Kastration der Tiere und Katzenfutterbeschaffung dienen. Damit unterfällt der vorgesehene Förderzweck auch nicht der Sport-, Kultur- oder Integrationsförderung Oelder Vereine. Derartige „sonstige“ laufende Betriebskosten von Vereinen außerhalb der bestehenden Zuschussrichtlinien hat die Stadt Oelde bisher in früheren Fällen daher nicht bewilligt – vielmehr wurden bisher nur umfangreichere Investitionsmaßnahmen in den Bereichen „Sport“ oder „gesellschaftliches Miteinander“ gefördert.

Das Investitionsvorhaben des SC Germania Stromberg wird fachlich auch seitens der Hochbau- und Sportabteilung der Stadt Oelde unterstützt. Jedoch ist der vorgesehene Förderzeitpunkt bzw. Umsetzungszeitrahmen der Maßnahme zu diskutieren. Bei enger Auslegung der zeitlichen Vorgaben zur Antragsfrist, die sich der Rat selbst gegeben hat, wäre der Antrag des SC Germania Stromberg für 2021

als verspätet gestellt einzustufen. Gleichwohl könnte natürlich im Zusammenhang mit den aktuellen Haushaltsplanberatungen der Rat bereits im Rahmen seiner Finanzhoheit schon jetzt vorzeitig eine Selbstbindung für das darauffolgende Haushaltsjahr 2022 eingehen und bereits jetzt für das Haushaltsjahr 2022 eine vorzeitige Entscheidung zur Mitteleinstellung im Haushalt 2022 beschließen. Diesen Weg kann die Verwaltung mittragen. Ansonsten wäre der gestellte Antrag zunächst zurückzustellen und erst im Rahmen der Etatberatungen 2022 zu beraten. Es steht dem Rat jedoch auch frei, seine eigenen Förderrichtlinien kurzfristig abzuändern und bereits auch vorzeitig für 2021 eine Bewilligung auszusprechen. Wegen der Kürze der Zeit konnte aber noch nicht geprüft werden, ob und inwieweit tatsächlich in 2021 schon „Umsetzungsreife“ besteht oder noch hergestellt werden könnte. Zudem hätte eine solche vorgezogene Bewilligung für 2021 eventuell auch Vorbildwirkung für künftige andere Projekte. Daher sollte an der geltenden Antragsfrist festgehalten werden.

Zuschussbewilligungen haben in jedem Falle unter dem Vorbehalt zu erfolgen, dass vorhandene Eigenmittel und Möglichkeiten von Fördermitteln Dritter vorrangig vor städtischen Finanzmitteln in Anspruch zu nehmen sind / zu beantragen sind.

Zuschussantrag der ev. Kirchengemeinde

Die Abstimmung zu diesem Antrag erfolgte im Rahmen der Abstimmung über die Änderungsliste unter dem Tagesordnungspunkt 1.1. (siehe Seite 12 der Änderungsliste einschließlich der Abstimmungsergebnisse).

Zuschussantrag des Tierschutzvereins Katzenhilfe Kreis WAF e. V.

Beschluss:

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde einstimmig bei einer Enthaltung den Zuschussantrag des Tierschutzvereins Katzenhilfe Kreis WAF e. V. abzulehnen.

Zuschussantrag des SC Germania Stromberg 1934 e. V.

Herr Rodriguez teilt hierzu mit, dass man den Verein unterstützen müsse und die Mittel sollen trotz des verspätet gestellten Antrags eingestellt werden.

Herr Bovekamp meint hierzu, dass man den Verein auf der einen Seite unterstütze müsse, aber auf der anderen Seite ist die Zuschussrichtlinie einzuhalten. Außerdem sei eine Umsetzung noch in 2021 fraglich, daher sollte über den Antrag im Rahmen der Haushaltsplanberatung 2022 entschieden werden.

Frau Köß hält eine Umsetzung in 2022 ebenfalls für den richtigen Weg.

Herr Drinkuth ist ebenfalls für eine Umsetzung in 2022. Allerdings sei zu prüfen, ob zumindest die Einplanung der Planungskosten in 2021 möglich sei.

Herr Leson teilt hierzu mit, dass die Einplanung der Planungskosten in 2021 sinnvoll sei.

Herr Jathe schlägt vor, dass eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe der beantragten Summe im Haushaltsjahr 2021 und die Mittel für das Jahr 2022 eingestellt werden könne. Somit ist kein Warten auf die Verabschiedung des Haushaltsplans 2022 nötig und man könne dem Verein bereits jetzt die Unterstützung zusagen.

Beschluss:

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde einstimmig eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 350.000 EUR einzuplanen und die Mittel im Jahr 2022 entsprechend einzustellen.

2. Auflösung der "Vereinigung der kommunalen RWE-Aktionäre Westfalen GmbH (Dortmund)" und Gesellschaftsvertrag der "Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (Essen)"

Vorlage: B 2021/201/4754

Herr Siebert verweist auf den folgenden Sachverhalt:

Zur Erläuterung des Sachverhalts wird auf die Ratsvorlage B 2020/201/4697 verwiesen. Die Auflösung bzw. Liquidation der Vereinigung der kommunalen RWE-Aktionäre Westfalen GmbH (Dortmund) kann als erster Schritt für die „Zusammenlegung“ der VKA Dortmund und der VKA Essen gesehen werden. Die Zielsetzung und das Vorgehen zur „Zusammenlegung“ kann der Anlage 1 entnommen werden.

Beschluss:

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde einstimmig folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Auflösung der Vereinigung der kommunalen RWE-Aktionäre Westfalen GmbH (Dortmund) mit Wirkung zum 30.06.2021 wird zugestimmt.
2. Der Änderung des Gesellschaftsvertrages der Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (Essen) auf Basis des angehängten Entwurfs (Anlage 2), ggf. mit noch erforderlichen Änderungen, wird zugestimmt.

3. Maßnahmenfreigaben

Entfällt.

4. Verschiedenes

4.1. Mitteilungen der Verwaltung

Herr Jathe teilt mit, dass sich die Risiken im Kreishaushalt des Kreis Warendorfs durch den Mehrbedarf des Landesverband Westfalen-Lippe nicht bestätigt hätte. Somit seien keine Mehrbelastung durch eine Erhöhung der Kreisumlage zu erwarten.

Die Kassenkredite, die zum Jahresanfang in Höhe von 2 Mio. Euro aufgenommen werden mussten, konnten aufgrund der Einnahmen zum Steuertermin 15.02. vollständig abgelöst werden.

Beschluss:

Der Finanzausschuss nimmt Kenntnis.

4.2. Anfragen an die Verwaltung

Entfällt.

Christoffer Siebert
Vorsitzender

Simone Ikemann
Schriftführerin